ARDO-WERK SCHLIESST

„Gründonnerstag 2027 wird letzter mit heimischem Spinat“

Mit der Schließung des Ardo-Werks in Groß-Enzersdorf fällt der Großteil der regionalen Tiefkühlproduktion weg, weiß LKNÖ-Vizepräsident Lorenz Mayr. Ardo hat die Hilfsangebote der Bundes- und Landesregierung zuletzt abgelehnt.

VON KATRIN SCHINEWITZ

„Ein Schlag ins Gesicht der Bäuerinnen und Bauern sowie der Konsumentinnen und Konsumenten.“ So nennt Lorenz Mayr, Vizepräsident der Landwirtschaftskammer Niederösterreich (LKNÖ) die endgültige Entscheidung von Ardo, die Tiefkühl-Produktion in Groß-Enzersdorf im Bezirk Gänserndorf einzustellen. Um die Herstellung von Tiefkühlgemüse aus Österreich zu sichern, hatten Bund und Land Niederösterreich Ardo in der Vorwoche ein Hilfs- und Subventionspaket angeboten, welches der Konzern ablehnte. Ardo sei weder bereit, die Produktion mit Unterstützung von Bund und Land fortzuführen, noch die Tiefkühlanlage und das dazugehörige Betriebsgebiet zu verkaufen oder zu vermieten, erklärt Mayr. „Das Ziel von Ardo ist es offensichtlich, Österreich mit ausländischem Gemüse zu fluten. Der Konzern möchte keinerlei Konkurrenz zulassen“, meint der LKNÖ-Vizepräsident.

Die 500 bäuerlichen Familienbetriebe im Marchfeld, die auf 3.300 Hektar Tiefkühlgemüse produzieren, haben somit künftig keinen Abnehmer mehr, sagt Mayr. Er weist darauf hin, dass bis zum Frühjahr 2027 noch Reserven an heimischem Tiefkühlgemüse verfügbar seien, danach sei jedoch Schluss. „Der Gründonnerstag 2027 wird der letzte mit heimischem Spinat sein“, sagt Mayr. Viele Betriebe im Marchfeld hätten in den letzten Jahren viel in Bewässerung und Elektrifizierung investiert. „Dieses Investment ist wirtschaftlich nicht retour zu spielen, wenn die Betriebe ihr Gemüse nicht mehr anbauen können“, betont Mayr.



Wenn das Ardo-Werk in Groß-Enzersdorf im August 2027 seine Pforten schließt, verlieren 500 Marchfelder Bauernfamilien ihren Abnehmer. *Foto: APA/ Harald Schneider*

TK-Produktion in Österreich muss neu aufgebaut werden

Neben rund 240 Arbeitsplätzen, die auf dem Spiel stehen, droht eine über Jahrzehnte aufgebaute Wertschöpfungskette verloren zu gehen, informieren Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, ihr Stellvertreter Stephan Pernkopf sowie Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig und Lorenz Mayr. Die Politik stehe „hinter den Bauernfamilien und Beschäftigten“, wird betont. Außerdem seien die von Ardo kommunizierten Zahlen, die der Werkschließung zu Grunde liegen, nicht schlüssig. Man wolle die Tiefkühlgemüseproduktion und die Wertschöpfung in Österreich halten. Aktuell werden auch alle Möglichkeiten rund um finanzielle Hilfen für die Gemüsebäuerinnen und -bauern geprüft.

„Wir arbeiten derzeit an Lösungen, um für die Zukunft eine Tiefkühlproduktion in Österreich aufzubauen. Da Ardo den größten Teil des heimischen Tiefkühlgemüses überhatte, wird es dazwischen auch Jahre ohne heimische Produkte geben“, sagt Mayr. Laufe die Suche nach neuen Lösungen gut, rechne Mayr mit der Rückkehr des heimischen Gemüses im Jahr 2028. „Wenn es nicht gut geht, sind wir eher bei 2029 oder 2030.“ Tiefkühl-Maschinen müssen eigens angefertigt werden. Außerdem brauche man einen Standort und Investoren. Das Unternehmen Schneiders Gemüsewerk, das TK-Gemüse produziert, werde den Marchfelder Bauern einen kleinen Teil ihrer Ware abnehmen können.

Lorenz Mayr bittet auch die Konsumentinnen und Konsumenten, weiterhin zu österreichischem Tiefkühlgemüse zu stehen. „Ich würde empfehlen, nicht von Ardo zu kaufen“, betont er. Nur so könne wieder eine Tiefkühlproduktion mit heimischen Produkten aufgebaut werden.

Kommentar



LISA OBLAK
über die neue Schulvergleichsplattform.

Der Ruf allein reicht nicht

Welche Schule soll mein Kind besuchen? Für viele Familien ist das eine der größten Fragen. Eine echte Entscheidungsgrundlage gab es dafür bisher nicht. Es zählten Hörensagen und der Ruf eines Standorts.

Das soll der Bildungskompass ändern. Er ermöglicht, Schuldaten zu vergleichen. Die Befürchtung, das könnte Standorte stigmatisieren, ist nachvollziehbar. Umgekehrt ist schwer argumentierbar, warum Eltern über eine Schule weniger erfahren sollten als über jedes andere öffentliche Angebot.

Der Grundgedanke ist daher richtig. Ihre Bedeutung wird die Plattform aber erst entfalten, wenn Daten zu AHS, Mittel- und Berufsbildenden Schulen veröffentlicht werden. Bei Volksschulen hat man ohnehin nur selten die Wahl.

Bis dahin hat das Ministerium noch Hausaufgaben zu erledigen: Derzeit sieht man nur, wo die Ergebnisse einer Schule bei Leistungstests im Vergleich zu ähnlichen Schulen liegen. Wie die Vergleichsgruppen zustande kommen, bleibt offen. Wenn bei der Schulwahl künftig mehr zählen soll als der Ruf, braucht es hier volle Transparenz.

l.oblak@noen.at